

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 29.08.2013

N i e d e r s c h r i f t

der 19. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 27.08.2013,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:01 - 20:49 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Christian Heimbach
Frau Eva Janzen
Frau Natalie Orłowski
Herr Andreas Walldorf

Ausschussvorsitzender

(ab 19:35 Uhr bis 20:45 Uhr)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Dr. Johannes Dittrich
Frau Dorothe Küster
Herr Michael Oswald

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Dr. Bettina Speiser
Herr Klaus-Dieter Grothe

(in Vertretung für Stv. Dr. Labasch)

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler

Außerdem:

Herr Martin Schlicksupp	CDU-Fraktion
Frau Christiane Janetzky-Klein	Fraktion B'90/Die Grünen
Herr Dr. Martin Preiß	FDP-Fraktion
Herr Christian Jackelen	Piraten-Fraktion
Herr Christian Oechler	Piraten-Fraktion
Herr Michael Janitzki	Fraktion LB/BLG

(bis 20:40 Uhr)

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greulich Bürgermeisterin
Frau Astrid Eibelshäuser Stadträtin

(bis 20:29 Uhr)

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 6. | Bericht über Verkehrskontrollen bei Fahrradfahrern (Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2013);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 12.08.2013 | STV/1490/2013 |
| 7. | Bericht zur Stabilität der Konrad-Adenauer-Brücke (Antrag der CDU-Fraktion vom 04.04.2013);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 01.08.2013 | STV/1497/2013 |
| 8. | FSC-Zertifikat für städtische Waldflächen
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.07.2013 - | STV/1676/2013 |
| 9. | Verkehrstechnische Sicherung des Grillplatzes Kleinlinden
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.08.2013 - | STV/1693/2013 |
| 10. | Waldbewirtschaftung
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 19.08.2013 - | STV/1697/2013 |
| 11. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Bebauungsplan GI 01/38 "Albert-Schweitzer-Straße"; **STV/1650/2013
hier: Entwurfsbeschluss und Durchführung der
Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 17.07.2013 -**

Antrag:

„1. Der in der Anlage beigefügte Bebauungsplan GI 01/38 ‚Albert-Schweitzer-Straße‘ sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hessische Bauordnung HBO) werden als Entwurf beschlossen. Die Begründung zum Planentwurf wird beschlossen.

2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 13a Abs. 2 Nr. 1 und 13 Abs. 2 Nr.3 BauGB durchzuführen.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erläutert kurz die Vorlage.

Stv. Küster, CDU-Fraktion, merkt an, ihre Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen. Das Vorhaben, eine städtische Brachfläche mit zwei Wohngebäuden zu überbauen, sei „unsozial und unvernünftig“. Diese Ansicht würden auch viele Anwohner teilen. Man lehne diese Form baulicher „Verdichtung“, die mit dem Schwund an „Grün- und Freiflächen“ einhergehe daher ab. Zudem müsse dem Bauvorhaben ein stattlicher japanischer Schnurbaum weichen.

Hier fügt **Stv. Janitzki**, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen, hinzu, dass der Schnurbaum immerhin einen Stammdurchmesser von 1,20 m habe und somit sei dieser Baum in Gießen einzigartig.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, dass sich eine Bebauung nicht rechne, wenn dieser Baum ausgespart werde und zudem sei dieser Baum kein standortgerechtes Gewächs.

Die **Stv. Grothe** und **Dr. Speiser**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußern ihr Unverständnis zur Kritik der CDU-Fraktion. So merkt Stv. Dr. Speiser an, dass vor einigen Jahren es die CDU gewesen sei, die den Bau der nahen Galerie Neustädter Tor vorangetrieben habe und von daher sollte man sich mit Klagen über den Verlust von innerstädtischen Frei- und Grünflächen zurückhalten.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Küster, Janitzki, Dr. Preiß, Oswald, Dr. Speiser, Dr. Dittrich, Grothe, Herr Henrich (Stadtplanungsamt) und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Auf Antrag der **Stv. Dr. Speiser** werden die nachfolgenden Ausführungen des Stv. Janitzki wörtlich protokolliert.

Stv. Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen: *„Ob eine weitere Verdichtung, wie Sie es ja auch sagen, so sinnvoll ist, das ist für mich fragwürdig und die Behauptung, dass alle mehr Wohnraum verlangen oder fordern, ... (nicht verständlich) ... günstigen, bezahlbaren Wohnraum und diese Bebauung hier und auch die nächste Vorlage, da kommt ja wieder sehr viel neuer Wohnraum, aber eben nicht für jemanden der niedriges Einkommen hat, sondern für ganz andere Leute. Dafür wurde in den ganzen Jahren nichts gemacht und da weiß ich nicht, wenn man die ganzen Neubaugebiete sieht, ob das in dem Maße erforderlich ist in der Stadt Gießen, bei abnehmender Bevölkerung, auch wenn es hier in Gießen einigermaßen konstant bleibt. Das sind meine Bedenken.“*

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; Nein: CDU).

3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 03/15 **STV/1657/2013**
"Bergkaserne II" (VEP Wohnanlage "Ambiente");
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 31.07.2013 -

Antrag:

- „1. Die Anregungen seitens zweier Träger öffentlicher Belange aus dem durchgeführten Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch/BauGB wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1 a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan GI 03/15 „Bergkaserne II“ (Anlage 2) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) wird beschlossen.
3. Die eigenständigen, gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtliche Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung/HBO (Teil B der textlichen Festsetzungen) werden als Satzung beschlossen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Stv. Küster erklärt, dass die CDU-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen werde. Es sei bedauerlich, dass bei diesem Vorhaben so „fantasielos“ geplant werde, einfach Kästen mit Flachdächern. Das erinnere sie an das neue Gebäude der Cloos'schen Stiftung an der Grünberger Straße, für die das ihrer Ansicht nach ebenso gelte. Es sei bedauerlich, dass nun für die Bergkaserne der gleiche Fehler gemacht werde. Und ein weiterer Negativpunkt: Es verschwinde an dieser Stelle viel Grün.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich entgegnet, dass in den Plänen für das gesamte Gelände der ehemaligen Kaserne überdurchschnittlich viel Grün vorgesehen sei.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; Nein: CDU).

4. Bebauungsplan GI 05/14 "Wilhelm-Leuschner-Straße"; **STV/1663/2013**
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 02.08.2013 -

Antrag:

- „1. Die Anregungen eines Verkehrsverbandes und eines Trägers öffentlicher Belange aus den durchgeführten Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch/BauGB wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1 a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.
2. Der Bebauungsplan GI 05/14 ‚Wilhelm-Leuschner-Straße‘ (Anlage 2) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen

Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) wird beschlossen.

3. Die eigenständigen, gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtliche Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung/HBO (Teil B der textlichen Festsetzungen) werden als Satzung beschlossen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

5. **Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. STV/1664/2013
GI 04/21 „Technologie- und Gewerbepark Leihgesterner
Weg“ Teilgebiet 2 – VEP Thermische Reststoffentsorgungs-
und Energieverwertungsanlage II“;
hier: Annahme- Einleitungs- und Entwurfsbeschluss,
Durchführung der Offenlage und Behördenbe-
teiligung
- Antrag des Magistrats vom 01.08.2013 -**
-

Antrag:

- „1. Der von den Stadtwerken Gießen mit Schreiben vom 24.10.2012 beantragten Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes auf der Grundlage des vorabgestimmten Entwurfes des Vorhaben- und Erschließungsplanes zum Bau der Thermischen Reststoffbehandlungs- und Energieverwertungsanlage (TREA II, Anlage 1) wird gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zugestimmt.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit den textlichen Festsetzungen sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 81 hessischer Bauordnung HBO (Anlage 2) werden zur Offenlage beschlossen. Die Begründung (Anlage 3) wird als Entwurf beschlossen.
3. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

Stv. Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen, bittet um Beantwortung der nachstehenden Fragen bis zur Stadtverordnetensitzung am 12.09.2013:

1. *„Von dem Gewerbemüll, der 2012 in der TREA verarbeitet wurde, stammt wie viel Prozent davon aus der Region?“*
2. *„Wie hoch ist der Anteil von Papier, Holz, Pappe - also recyclebare Stoffe - in den verbrannten Stoffen?“*

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Janitzki, Grothe, Dr. Preiß, Stadträtin Eibelshäuser und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

6. **Bericht über Verkehrskontrollen bei Fahrradfahrern** **STV/1490/2013**
(Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2013);
hier: **Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des**
Magistrats vom 12.08.2013
-

An der Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats beteiligen sich die Stv. Küster, Heimbach, Dr. Preiß, Oswald, Dr. Speiser, Dr. Dittrich und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

7. **Bericht zur Stabilität der Konrad-Adenauer-Brücke (Antrag** **STV/1497/2013**
der CDU-Fraktion vom 04.04.2013);
hier: **Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des**
Magistrats vom 01.08.2013
-

An der Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats beteiligen sich Stv. Dr. Dittrich und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Stv. Janitzki stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag *Waldbewirtschaftung* (Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 19.08.2013, STV/1697/2013) *in der Beratung vorzuziehen und gemeinsam mit TOP 8 aufzurufen*. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

8. **FSC-Zertifikat für städtische Waldflächen** **STV/1676/2013**
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 31.07.2013 -
-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, die Waldflächen der Stadt Gießen nach dem FSC-Standard (Forest Stewardship Council) zertifizieren zu lassen.“

Stv. Grothe begründet kurz für die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag STV/1676/2013.

Stv. Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen, begründet seinen Antrag STV/1697/2013 und teilt zudem mit, dass er Punkt 2 des Antrages zurück ziehe.

Betreffend des ersten Punktes des Antrages der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen merkt **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** an, dass sie es ablehne, den

NABU vor Einschlügen entsprechend zu informieren, damit Horst- und Höhlenbäume gesichert werden können. Diese Entscheidungen werden den eigenen Experten von Forst- und Umweltamt überlassen.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Janitzki, Grothe, Oechler, Dr. Preiß und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Auf Antrag des **Stv. Janitzki** werden die nachstehenden Ausführungen der Bürgermeisterin wörtlich protokolliert.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Herr Kollege Janitzki, ich habe hier keinen persönlich angegriffen, ich habe hier nur Fakten vorgetragen im Gegensatz zu anderen Menschen, zum Glück in dieser Form auch nachgewiesene Falschdarstellungen. Das ist im ersten Teil ganz genauso, (nicht verständlich) was abgelaufen ist bei der Hohen Warte, wo auch Dinge gesagt wurden, die nicht gestimmt haben. Also das zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Zeit und es ist so, dass die, ich sage jetzt nicht die Hälfte, ich sage, auch ein großer Teil, beziffern kann ich es nicht, auch im persönlichen Gespräch, der Mitglieder Runder Tisch, dass sie gerne weiter am runden Tisch geblieben wären, aber weil dann eben die Solidarität in den Verbänden hatten und wir werden auch wieder, ich werde wieder zum Runden Tisch einladen, wenn wir die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen Landesgartenschau weiter besprechen und ich bin mir ganz sicher, dass es entweder im Naturschutzbeirat, das ist ja weitgehend deckungsgleich, oder dann auch beim Runden Tisch Landesgartenschau wieder Einvernehmen darüber gibt, wie wir die Ausgleichsmaßnahmen umsetzen. Ich muss an der Stelle auch mal darauf hinweisen, dass in einem Fall sogar ganz offen dann gesagt worden ist, als ein Bild von abgeholzten Bäumen dargestellt wurde, und mit mir in Verbindung gebracht worden ist, dass dann nachher so gesagt wurde, das wäre ja auch zulässig, man müsste da auch mit anderen Mitteln arbeiten und deswegen nehme ich mir das jetzt hier mal raus, weil das kann nicht so sein, dass die Einen über Dinge irgendwas sagen können, die sie nicht belegen können und dann nachher auch noch nachweislich falsch sind, das wird nie kommentiert. Das ist kein Umgang miteinander, das ist kein vertrauensvoller Umgang miteinander. Ich werde trotzdem wieder zum Runden Tisch Landesgartenschau einladen und die ganzen Dinge besprechen. Es wird aber keine Einzelbevorzugung einer einzelnen Person hier an dieser Stelle geben.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**9. Waldbewirtschaftung
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 19.08.2013 -**

STV/1697/2013

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat

1. die erforderlichen Schritte zu unternehmen, dass dem NABU, Kreisverband Gießen, rechtzeitig bekannt gegeben wird, in welchen Flächen und zu welcher Zeit im Stadtwald Einschlüge durchgeführt werden sollen, damit der NABU mithelfen kann,

Horst- und Höhlenbäume zu sichern.

2. zu prüfen, ob die Stadt für ihr Holz die PEFC-Zertifizierung erlangen will und kann.“

Stv. Janitzki zieht Ziffer 2 des Antrages zurück, so dass der Antrag nun wie folgt lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, dass dem NABU, Kreisverband Gießen, rechtzeitig bekannt gegeben wird, in welchen Flächen und zu welcher Zeit im Stadtwald Einschläge durchgeführt werden sollen, damit der NABU mithelfen kann, Horst- und Höhlenbäume zu sichern.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig abgelehnt.

10. **Verkehrstechnische Sicherung des Grillplatzes Kleinlinden** **STV/1693/2013** **- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.08.2013 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie der Grillplatz in Kleinlinden verkehrstechnisch besser gesichert werden kann.“

Stv. Schlicksupp begründet für die CDU-Fraktion den Antrag.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich weist darauf hin, dass das Thema bereits mehrfach Ortsbeirat Kleinlinden Gegenstand der Diskussion gewesen sei. Was mit Sicherheit nicht installiert werde, ist eine Schranke direkt vor dem Wäldchen, diese sei für Radfahrer zu gefährlich. Eine Möglichkeit, um zumindest den Durchfahrtsverkehr an dieser Stelle zu unterbinden, sei, wenn der Weg am Ortseingang Allendorf, der zur Grillhütte nach Kleinlinden führt, mit einer Schranke versehen werde und den zwei Landwirten, die den Weg immer nutzen, je einen Schlüssel für die Schranke aushändigt werden. Weitere Möglichkeiten der Verkehrssicherung werde die Verwaltung prüfen.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Schlicksupp, Heimbach und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

11. **Verschiedenes**

Bürgermeisterin Weigel-Greilich weist darauf hin, dass der Magistrat beabsichtige, in der nächsten HFWRE-Sitzung am 02.09.2013 einen aktuellen Sachstandsbericht zur Landesgartenschau zu geben. Interessierte Mitglieder des Bauausschusses sind recht herzlich eingeladen, an der Sitzung teilzunehmen.

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Bauausschusssitzung am Dienstag, **24.09.2013, 19:00 Uhr**, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) W a l l d o r f

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e